

Preisausschreiben

zur

Verwaltungsreform in den Thüringischen Staaten.

Um die wissenschaftlichen und fachlichen Unterlagen zu beschaffen für weitere ersprießliche Verhandlungen über die Verwaltungsreform in den thüringischen Staaten, stellt der Ausschuß für staats- und rechtswissenschaftliche Fortbildung in Thüringen als Preisaufgabe:

Mittel und Ziele zu Verwaltungsvereinfachungen in den thüringischen Staaten.

Behandelt werden sollen dabei die Staatstätigkeiten aller Art, innere Verwaltung, Finanz, Justiz, Schule, Kirche; geprüft werden sollen Behördenorganisation, Amtsbereich, Instanzenzug, Geschäftsformen und Geschäftsbetrieb und dergleichen; erforscht soll das werden für die einzelnen Staaten und auch für mehrere oder alle gemeinschaftlich.

Für die beste zusammenhängende Bearbeitung setzt der Ausschuß einen Preis aus von 1000 M. — Erhöhung und Teilung bleiben vorbehalten. Daneben fordert der Ausschuß auch auf, praktische Einzelvorschläge einzureichen zu besonderen Fragen. Diese Anforderung richtet sich nicht nur an Fachmänner, sondern auch an andere staatsbürgerlich denkende Volksgenossen, namentlich Männer aus Handel und Industrie und sonstigem Erwerbsleben, welche Mängel im Behördenwesen nicht weniger pealisch empfinden als Beamte, die die Fesseln unzweckmäßiger Einrichtungen und Bestimmungen täglich zu tragen haben.

Für die besten dieser praktischen Einzelvorschläge werden Preise von 20—200 M. ausgesetzt.

Die Arbeiten und Vorschläge sind bis zum 1. Oktober 1918 einzureichen unter der Aufschrift: Ausschuß für staats- und rechtswissenschaftliche Fortbildung in Thüringen zu Jena (Oberlandesgericht). Sie müssen ein Kennwort tragen, das auf einer verschlossenen Briefhülle zu wiederholen ist, die den Namen des Verfassers enthält.

Die Prüfung liegt ob einem Prüfungsausschuß, dem angehören die Herren Oberverwaltungsgerichtspräsident Dr. Ebsen, Oberverwaltungsgerichtsrat Geh. Justizrat Professor Dr. Niedner in Jena, Oberbürgermeister Landtagspräsident Liebetrau in Gotha, Bankdirektor Ministerialdirektor a. D. Dr. Nebe in Meiningen, Staatsminister z. D. v. Borries in Blankenburg a. H. Zawal und Ergänzungswahl bleiben dem Prüfungsausschuß vorbehalten.

Wir bitten, namentlich zu den kurzen Vorschlägen, alle mitzuwirken, denen das Ziel einer freudigen Mitarbeit am Staat am Herzen liegt.

Jena, Anfang November 1917.